

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und
Kommunikation UVEK
3003 Bern

Per e-mail: climate@bafu.admin.ch

Bern, 30. November 2016

Klimapolitik der Schweiz nach 2020

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zur Klimapolitik der Schweiz nach 2020 Stellung nehmen zu können.

Das Energieforum Schweiz, die gemeinsame Plattform der Schweizer Elektrizitäts-, Erdöl- und Erdgasbranche teilt die Auffassung des Bundesrates, dass die klimapolitischen Ziele weiterverfolgt werden sollen und die entsprechenden politischen Massnahmen in den internationalen Rahmen einzubetten sind. Zur Vermeidung einer irreversiblen Klimaänderung braucht es globale Antworten. Vor diesem Hintergrund ist das Energieforum Schweiz weiterhin der Ansicht, dass keine rein nationale Perspektive eingenommen werden darf. Es begrüsst deshalb, dass Auslandsmassnahmen auch weiterhin anrechenbar sein sollen. Es erachtet jedoch eine stärkere Flexibilität der Handhabung von Emissionsreduktionen im In- und Ausland als unerlässlich, dies zumal mit einem Reduktionsziel von 50 Prozent ein ausgesprochen ambitioniertes Ziel verfolgt werden soll.

Die angestrebte Verknüpfung der Emissionshandelssysteme der Schweiz und der EU unterstützt die grenzüberschreitende Perspektive im Klimaschutz und ist deshalb zu unterstützen. Das Energieforum Schweiz begrüsst in diesem Kontext insbesondere auch den vorgeschlagenen Einbezug fossilthermischer Kraftwerke in das Emissionshandelssystem, schafft dieses doch gleichlange Spiesse für allfällige Kraftwerke in der Schweiz gegenüber solchen in der EU. Sollte die Verknüpfung nicht wie erhofft vor 2020 möglich sein, müsste eine entsprechende Übergangsregelung geschaffen werden.

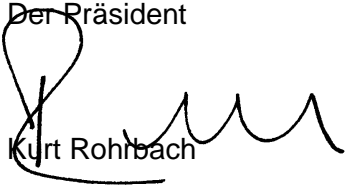
Das Energieforum Schweiz begrüsst grundsätzlich die Weiterführung der CO₂-Abgabe und der damit verbundenen Möglichkeit zur Abgabebefreiung. Es bezweifelt allerdings die Wirksamkeit der vorgeschlagenen drastischen Erhöhung der Abgabe auf 240 Franken. Diese hätte erhebliche Wettbewerbs- und Standortnachteile zur Folge und würde das Risiko für «Carbon Leakage» erhöhen. Das Abgabemaximum ist deshalb auf dem heute zulässigen Satz von 120 Franken pro Tonne CO₂ zu belassen. Ausserdem fordert das Energieforum Schweiz, dass auf ein Technologieverbot für fossile Heizanlagen verzichtet wird. Dieses greift nicht nur in den kantonalen Zuständigkeitsbereich ein, sondern widerspricht auch einer flexiblen Handhabung von Reduktionspotenzialen, indem es insbesondere einer Nutzung von erneuerbaren Energien in Form von Biogas oder biogenen Brennstoffen entgegensteht. Es ist auch unverständlich, ausgerechnet in jenem Sektor einschneidende Verbote in Betracht zu ziehen, der seit Jahren massive CO₂-Reduktionen leistet.

Die energiepolitische Stossrichtung liegt insbesondere im Kontext der Energiestrategie 2050 verstärkt auf einer integrierten Sicht verschiedener Politikbereiche. So weist Bundesrätin Leuthard zu Recht seit Langem darauf hin, dass Energiepolitik auch Klimapolitik sei und umgekehrt Klimapolitik auch Energiepolitik. Das Energieforum Schweiz ist der Überzeugung, dass sich diese beiden Politikbereiche immer stärker verstricken werden, wozu letztlich auch die technologische Entwicklung, zum Beispiel in Richtung konvergenter Energienetze, beiträgt. Das ist bei der künftigen Ausgestaltung der schweizerischen Energie- und Klimapolitik verstärkt zu berücksichtigen. Es ist deshalb auch zu prüfen, ob im Interesse der zwingend notwendigen Gesamtsicht die Zuständigkeit im Bereich CO₂, welche die energiepolitischen Belange direkt berührt, vom BAFU ins BFE zu verschieben ist.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen im Voraus bestens.

Freundliche Grüsse

Energieforum Schweiz
Der Präsident



Kurt Rohrbach

Der Geschäftsführer



Dominique Martin